

Der Showdown

Chaos in der Baselbieter SVP Parteiintern geht es wild zu und her. Präsident Dominik Straumann will trotz prominenter Kritik weitermachen. Nun fordert ihn Caroline Mall heraus.

Benjamin Wirth

Wie weiter mit der SVP Basel-land? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Intern brodelt schon länger ein Richtungsstreit: Der moderate Flügel um den aktuellen Präsidenten Dominik Straumann wird von einem stramm rechtsbürgerlichen Block angegriffen. Mehr noch: Man will Straumann absetzen.

Im April sind Wahlen. Und die Basis wird entscheiden. Straumann, der sein Amt seit 2019 innehat, wird herausgefordert. Recherchen zeigen: Landrätin Caroline Mall möchte Präsidentin werden. Mit illuster Unterstützung: Nationalrat und Oberleutnant Thomas de Courten stellt sich als ihr Vize zur Verfügung. Es kommt zum Showdown.

Straumann bleibt sich treu

Dass Straumann bei der kommenden Generalversammlung attackiert wird, hat eine gewisse Logik. Er hat in der Partei seit geraumer Zeit prominente Widersacher, die seinen Kurs hart kritisieren. Im letzten Herbst, kurz nach den eidgenössischen Wahlen, sagte Alt-Landrat Hanspeter Weibel der BaZ: «Die politische Laufbahn von Dominik Straumann ist aktuell zu Ende. Es braucht neue Kräfte.»

Dem rechten Parteiflügel, zu dem auch Fraktionschef Peter Riebli zählt, gilt er als zu konziliant, nicht durchsetzungsfähig – und vor allem: als zu wenig präsent. Den in die Bredouille geratenen Politiker lässt die Beurteilung seiner Arbeit nicht kalt. Aber seinem Weg ist Straumann in den vergangenen Wochen treu geblieben – trotz des Rummels.

Auf Anfrage betont er: «Die öffentliche Kritik kam im Wesentlichen von einer Person. Im Gegenzug erhielt ich parteiintern sowie von Wählern viele positive Rückmeldungen – verbunden mit dem Wunsch, dass ich weitermachen soll.»

Und das will er. Mindestens noch für ein paar Jahre. Viel Vertrauen habe er gespürt, als die Parteibasis Anfang Februar einen Antrag von Weibel abge-



Straumann vs. Mall: Die beiden Politiker streiten sich um das Präsidium der Baselbieter SVP. Fotos: Kostas Maros/Lucia Hunziker

schmettert hatte, der die Amtsdauer der Parteileitung auf ein Jahr begrenzen wollte.

Das Ergebnis spreche für sich, meint Straumann. «Eine deutliche Mehrheit hält an der bisherigen Amtsdauer fest, nachdem der entsprechende Antrag offensichtlich gegen mich gerichtet war.» Dies sei ein «Vertrauensbeweis», sowohl für ihn als Person und für die ganze Parteileitung «als auch für die Politik, für die wir eintreten».

Kritik am Fraktionschef

In der Tat gibt es in der Baselbieter SVP ebenfalls viele, die dem aktuellen Kurs wohlgesonnen sind. Von dieser Ecke aus richtet sich die Kritik an Fraktionschef Peter Riebli. Hinter vorgehaltenen Hand heisst es, Riebli unter-

wandere die Partei und wolle eigenständig einen radikaleren Kurs einführen – sinnbildlich sei seine Unterstützung für Shootingstar Sarah Regez, die für den angriffslustigen, den blocherischen Weg einstehe.

Nachdem die BaZ im letzten Herbst über den Richtungsstreit innerhalb der wählerstärksten Partei des Kantons berichtet hatte, ging es parteiintern wild zu und her. Der moderate Flügel, dem unter anderem Florian Spiegel und Nicole Roth, das polittalentierte Liebespaar aus dem Landrat, angehören, blieb nicht untätig. Im Gegenteil.

Unter anderem sollen Unterschriften gesammelt worden sein, um Fraktionschef Riebli abzusetzen. Straumann sagt dazu: «Die Fraktion befindet sich in

ständigem Wandel. Im Jahr 2019 mussten viele Landräte aufgrund der Amtsdauerbeschränkung den Rat verlassen, was zu einem Eintritt junger und neuer Kräfte führte. Weitere Veränderungen fanden letzten Sommer statt.»

Mehr möchte er nicht sagen. Expliziter äussert sich Riebli, der in den vergangenen Wochen ebenfalls unter Druck geraten ist. Er bestätigt: «Es hat in der Landratsfraktion Diskussionen gegeben, gewisse Dinge zu ändern.» Vor allem in Nachgang zu den National- und Ständeratswahlen sei es innerhalb der SVP zu «Unzufriedenheiten» gekommen.

Dass man als Fraktionspräsident hingegen nicht immer populäre Entscheide treffe: «Das ist eine meiner Aufgaben», meint Riebli. So sei sein Job nicht mit

dem in einem Privatunternehmen zu vergleichen: «Die personelle Zusammensetzung bestimmt der Wähler.» Für ihn aber kein Problem: «Wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei – da gilt es, die verschiedenen Stärken der Gewählten richtig einzusetzen.»

Mall sorgte für Schlagzeilen

Bei der Generalversammlung im April erhofft sich Riebli indes einen Neustart. «Das Präsidium der SVP Baselland muss bei politischen Themen und Abläufen wieder vermehrt aktiv sein und ein politisches Amt ausüben. Das erreichen wir mit Caroline Mall als Präsidentin und einer breit abgestützten Parteileitung.»

Die Reinacherin, 56 Jahre alt, sitzt seit 2011 im Baselbieter Kantonsparlament. Mall, ausgebilde-

te Kauffrau, engagiert sich hauptsächlich in Bildungsthemen – seit mehreren Jahren ist sie Mitglied der Bildungskommission SVP Schweiz.

Kürzlich sorgte die Landrätin etwa für Schlagzeilen, als sie vorschlug, die «Ufzgi» abzuschaffen. Alain Pichard, der bekannteste Lehrer der Schweiz, unterstellte ihr daraufhin: «Frau Mall hat offensichtlich keine Ahnung, was Hausaufgaben sind.»

Caroline Mall betont auf Anfrage, die Partei müsse in Zukunft wieder nahbarer und präsenter werden. Als Beispiel nennt sie Joël Thüring, den Basler Grossrat. «Er ist unfassbar präsent – ob im Politbetrieb oder in den sozialen Medien. Ausserdem stimmt auch seine Tonalität.» Sie sei bereits als Landrätin und als Einwohnerrätin in Reinach aktiv, was ihr im Amt «sicher» helfen würde.

«Anstand und Achtung»

Ob die Thüring-Mentalität reicht, um Straumann in der Kampfwahl zu bodigen, wird sich zeigen: «Die Bezeichnung «Kampfwahl» ist okay, wenn damit gemeint ist, dass die Partei eine echte Auswahl hat», sagt Mall. Vielmehr gelte es, «die richtige Gruppe mit den richtigen Schlüsselfiguren zu wählen». Sie mache der Basis nun ein Angebot.

Und Straumann? Der einstige Sonnyboy der SVP, der in der Vergangenheit oft nach Höherem gestrebt hat, sagt: «Wir sollten uns künftig auf die Stärken konzentrieren, für die uns die Wähler ihr Vertrauen ausgesprochen haben – nämlich auf klare, sachbezogene Politik und nicht auf interne Streitereien.»

Mindestens ein bisschen versöhnlich meint er dann: «In den meisten politischen Fragen sind wir uns ja einig.» Es sei die Art und Weise der Kommunikation, «die seit vielen Jahren immer wieder Anlass zu internen Diskussionen gibt». Ihm sei es wichtig, in der Sache eine klare Linie zu verfolgen, «dies jedoch stets mit Anstand und Achtung vor dem Gegenüber».

Nun liegt die Entscheidung bei den Delegierten.

Basler Privatspitäler setzen Druck auf

Universitätsspital Die Politik muss entscheiden, ob das Spital ein 300-Millionen-Darlehen bekommt. Privatspitäler wehren sich.

Der Kanton Basel-Stadt will dem Universitätsspital Basel mit einem Darlehen für den geplanten Neu- und Ausbau unter die Arme greifen. 300 Millionen Franken sollen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Die Vereinigung der Basler Privatspitäler ist damit nicht einverstanden. Als «gesetzeswidrig» bezeichnete sie das Vorhaben und stützte sich dabei auf eine von ihr in Auftrag gegebene juristische Abklärung.

Für das Darlehen gebe es keine gesetzliche Grundlage. Solche «indirekten Finanzhilfen» würden zu intransparenten und vor allem «überdimensionierten Investitionen» verleiten.

Nun doppeln die Privatspitäler nach. Das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt hatte mit einer Stellungnahme auf die Vor-

würfe reagiert und sie umfassend zurückgewiesen. Diese Stellungnahme hat die Vereinigung wiederum juristisch prüfen lassen.

«In der Kantonsverfassung findet sich kein Hinweis, wie der Kanton Basel-Stadt öffentliche Spitäler (oder Spitäler mit Leistungsauftrag) konkret finanziell betreiben beziehungsweise unterstützen soll, geschweige denn, dass er ein rechtlich verselbstständigtes Spital zu Vorzugskonditionen finanzieren soll», heisst es im Schreiben der Juristen, das den Medien zugestellt wurde.

Es sei auch falsch, wenn das Gesundheitsdepartement behauptet, dass der geplante Zinssatz auf das Darlehen den Marktbedingungen entspreche.

Dazu komme gemäss den beauftragten Juristen, dass die Planung gegen die gemeinsame

Spitalplanung beider Basel verstoße. Es bräuchte beim Ausbau des Unispitals eine gemeinsame Bedarfsplanung. Wenn eine Überkapazität geschaffen würde, müsse der Landkanton zustimmen, diese mitzutragen. Das sei vorliegend nicht geschehen, heisst es in einer Mitteilung der Basler Privatspitäler von gestern Dienstag.

Man sucht kein Verfahren – scheut es aber nicht

Die Privatspitäler setzen mit ihrem erneuten öffentlichen Appell Druck auf die Basler Politik auf. Die Pläne sollen angepasst werden, fordern sie: «Systemkonform und transparent wäre primär eine Erhöhung der Spitaltarife auf ein Niveau, das ein Sonderdarlehen gar nicht erst notwendig macht.»

Sollte der aktuelle Plan weiterverfolgt werden, müsse die Gesetzgebung angepasst werden. Am einfachsten wäre aber, wenn der Zinssatz zum Darlehen wirklich marktkonform festgelegt würde.

Wenn aber der Grosse Rat dem Vorschlag der Regierung folge, würden auch die Privatspitäler reagieren, kündigen sie an. Man suche keine juristische Auseinandersetzung, betont Martin Birrer, Präsident der Basler Privatspitäler-Vereinigung. «Aber wir erwarten die Durchsetzung des Legalitätsprinzips, das heisst die Ablehnung des Darlehens in der beantragten Form oder die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die alle Spitäler bezüglich Finanzierung gleich behandelt. Es darf nicht sein, dass die geltenden Regeln

der Spitalfinanzierung von Regierung und Parlament ohne Not verletzt werden.»

Denkbar sei auch, dass gemeinnützige Privatspitäler beim Kanton gleich günstige Darlehen beantragen würden.

Staatsvertrag sei hier nicht anwendbar

Das Basler Gesundheitsdepartement hält daran fest, dass das Vorgehen legal und richtig sei. «Das Darlehen, welches der Kanton dem Universitätsspital Basel gewähren will, widerspricht weder kantonalem noch übergeordnetem Recht und stellt keine unübliche Finanzierungsform dar», schreibt Sprecherin Anne Tschudin auf Anfrage dieser Zeitung.

Der Staatsvertrag zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung mit dem Kanton Basel-Land-

schaft sei beim vorliegenden Darlehen nicht anwendbar. Denn: «Die gemeinsame Spitalplanung umfasst gleichlautende Spitalisten mit gleichlautenden Leistungsaufträgen. Der Staatsvertrag über die gemeinsame Gesundheitsversorgung mit dem Kanton Basel-Landschaft umfasst keine Eigentümerthemen. Diese beiden Aufgaben werden klar getrennt – ein Anliegen, welches die Privatspitäler jeweils immer einfordern.»

Das Baselbiet will zur Angelegenheit keine Stellung nehmen. «Dem Kanton Basel-Landschaft ist dieses Schreiben nicht offiziell bekannt. Es wurde uns auch nicht zugestellt», schreibt die zuständige Sprecherin Raffaella Bernold.

Mirjam Kohler